



Soziale Stadt

info 14

www.sozialestadt.de

Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt

Oktober 2003

This Issue's Focus:

Activation and Participation – A Survey of Seven European Countries

2	Editorial
3	Denmark
5	Germany
8	England
11	France
13	The Netherlands
14	Austria
16	Sweden
7	Imprint

Please turn booklet
over for English version

Schwerpunkt:

Aktivierung und Beteiligung – Ein Blick in sieben europäische Länder

Editorial	2
Dänemark	3
Deutschland	5
England	8
Frankreich	10
Niederlande	12
Österreich	14
Schweden	16
Impressum	18
Veranstaltungshinweise	19

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Herausbildung von Stadtquartieren, in denen Arbeitslosigkeit, Armut, Vernachlässigung und soziale Konflikte konzentriert auftreten, ist keineswegs auf Deutschland beschränkt. Deshalb sind im letzten Jahrzehnt in vielen europäischen Staaten – dem deutschen Programm „Soziale Stadt“ vergleichbare – auf Integration und Partizipation ausgerichtete, gebietsbezogene neue Förderprogramme aufgelegt worden, mit denen der sozialräumlichen Spaltung der Städte und damit der Entwicklung von benachteiligten und besonders belasteten Stadtteilen gegengesteuert werden soll.

Anstelle sektoraler „top down“-Planungen werden nunmehr im Zusammenwirken von Quartiersbevölkerung, lokalen Organisationen, Initiativen, Unternehmen, Verwaltungsressorts und der Politik verstärkt „bottom-up“-Strategien erprobt. Oberstes Ziel ist die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Quartieren, wobei Bewohnerinnen, Bewohner und andere Vor-Ort-Akteure als Expertinnen und Experten für ihre eigenen Belange im Mittelpunkt stehen. „Aktivierung“ und „Beteiligung“ werden so zu Schlüsselfeldern der Stadtteilentwicklung.

Die Umsetzung dieser komplexen Programme, die überwiegend auch mit neuen Politikansätzen gekoppelt sind, ist mit einem hohen Bedarf an Erfahrungsaustausch, Wissenstransfer, Kooperation und Öffentlichkeitsarbeit verbunden. Dies gilt nicht nur für die nationale, sondern auch für die internationale Ebene. Inzwischen herrscht breiter Konsens darüber, dass der internationale Erfahrungsaustausch an

Gewicht gewinnt, denn es wächst die Notwendigkeit, gute Praxisbeispiele aus dem Ausland und für das Ausland nutzbar zu machen sowie transnationale Netzwerke aufzubauen.

Mit dieser Info-Ausgabe soll ein Beitrag zur internationalen Diskussion über das zentrale Thema „Aktivierung und Beteiligung“ geleistet werden. Hierfür haben wir bestehende Arbeitskontakte – beispielsweise zum UGIS-Projekt (Urban Governance, Social Exclusion and Sustainability) sowie im Rahmen der EURA-Konferenzen (European Urban Research Association) 2001 in Kopenhagen und 2003 in Budapest – genutzt und Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen europäischen Ländern gebeten, ihre Erfahrungen im jeweiligen nationalen Kontext darzustellen.

Berichtet wird über Erfahrungen mit Programmen in Dänemark (Kvarterløft-Programm), Deutschland (Bundesländer-Programm Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt), England (New Deal for Communities), Frankreich (Habitat et Vie Sociale – HVS, später: Politique de la Ville), den Niederlanden (Big Cities Policy in Den Haag), Österreich (Soziale Stadterneuerung, Pilotprojekt „Grätzelmanagement“, Lokale Agenda 21, Strategische Umweltprüfung) und Schweden (Urban Development Program auf nationaler Ebene, Outer City Initiative in Stockholm).

Die Beiträge zeigen bei aller Unterschiedlichkeit der jeweiligen Rahmenbedingungen und sicher auch subjektiver Akzentsetzungen viel Gemeinsames und Vergleichbares, unter anderem

- die tragende Rolle, die Aktivierungs- und Beteiligungsstrategien für die integrative Stadtteilentwicklung, aber auch für demokratische Prozesse insgesamt beigemessen wird,
- die große Bedeutung des Aufbaus von leistungsfähigen Organisations- und Kommunikationsstrukturen als Voraussetzungen für den Erfolg von Aktivierung und Beteiligung,
- die Notwendigkeit, Verantwortung, Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen eindeutig zu klären, um falschen Erwartungen und damit verbundenen Enttäuschungen vorzubeugen,
- die Erwartung, dass durch die Verlagerung von Kompetenzen auf die lokale Ebene die Bereitschaft zur Beteiligung verstärkt werden kann.

Aktivierung und Beteiligung – dies kommt insgesamt deutlich zum Ausdruck – sind auf Rückendeckung durch Politik und Verwaltung angewiesen, um als Instrumente und Methoden demokratischer Mitbestimmung wirksam werden zu können.

- Ihre Difu-Projektgruppe Soziale Stadt

Kvarterløft – Partizipative Stadterneuerung in Dänemark 1997 bis 2007

Programmhintergrund

Mit dem dänischen Programm für integrative Stadterneuerung Kvarterløft (dies kann ins Deutsche mit „Quartiersverbesserung“ übersetzt werden) werden Projekte in zwölf Stadtteilen in acht Städten gefördert. Sieben der Projekte werden in der Kopenhagener Metropolregion durchgeführt – fünf davon in innerstädtischen Bezirken –, die übrigen Projekte sind in Städten West- und Norddänemarks angesiedelt.

Das allgemeine Ziel des Kvarterløft-Programms besteht darin, Stadterneuerung und die Verbesserung der sozialen Lage in den betreffenden Quartieren miteinander zu verknüpfen, um dadurch das gleiche Entwicklungsniveau wie in anderen Teilen der jeweiligen Stadt zu erreichen. Das Programm verbindet einen partizipativen Ansatz mit einer integrierten Methode, mit der Initiativen aus verschiedenen „traditionellen“ Bereichen – z.B. städtebauliche Erneuerung, Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Integration ethnischer Minderheiten – verknüpft werden. Ein anderer wesentlicher Aspekt ist der zielorientierte Managementansatz von Kvarterløft: Die meisten Aktivitäten und Teilprojekte sind Gegenstand umfassender Verträge, die jährlich neu ausgehandelt werden. Eine weitere Besonderheit des Programmansatzes besteht schließlich darin, dass er geografisch auf eine relativ kleine Stadteinheit – das Quartier – begrenzt ist.

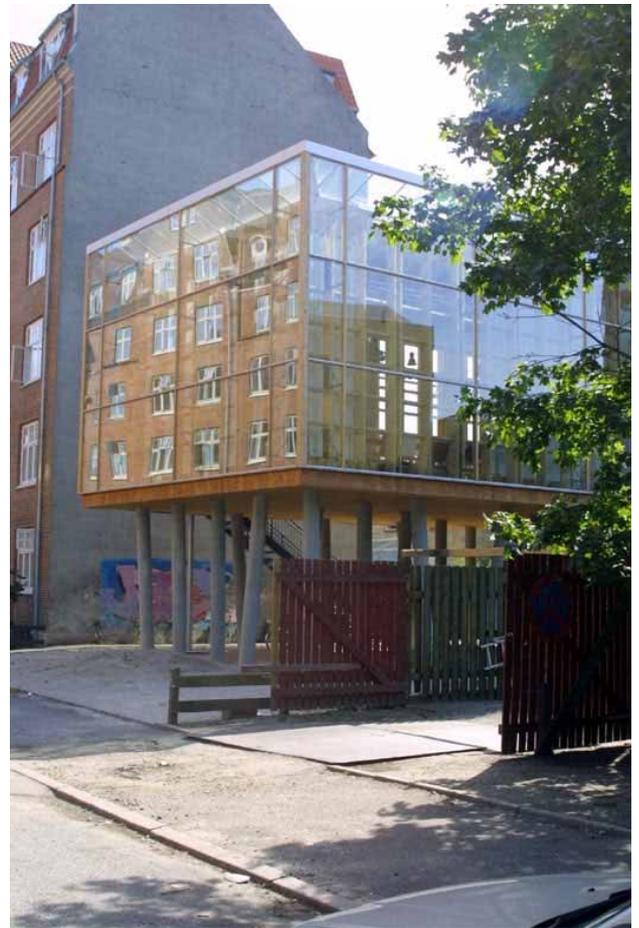
Seit November 2001 untersteht das Kvarterløft-Programm dem Ministerium für Integration. Initiiert wurde es im Juni 1996 vom Minister für Wohnungsbau, der die größeren dänischen Städte damals aufgefordert hatte, Vorschläge für Kvarterløft-Projekte

einzureichen. Von den 18 eingegangenen Vorschlägen wählte das Ministerium zunächst sieben für den Förderzeitraum 1997–2002 aus; später kamen weitere fünf Quartiere für den Zeitraum 2001–2007 hinzu. Die staatlichen Fördergelder werden durch einen kommunalen Anteil ergänzt, wobei die zentrale staatliche Finanzierung je nach Projektart zwischen 30 und 60 Prozent ausmacht. Für die städtebauliche Erneuerung stellt die Zentralverwaltung in der Regel mehr Mittel zur Verfügung als für soziale oder Arbeitsmarktprojekte.

Insgesamt handelt es sich bei der Stadterneuerung um ein nationales Programm, das von den Kommunen auf lokaler Ebene umgesetzt wird. Die ausgewählten Quartiere haben zwischen 1 000 und 20 000 Einwohner und sind im Allgemeinen kleiner als die städtischen Verwaltungsbezirke.

Die Rolle von Aktivierung und Beteiligung im Programm/Politikansatz

Als Ziel für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gab das Ministerium für Wohnungsbau die „Einbeziehung und Nutzbarmachung des



Neues Gemeindezentrum in Holmbladsgade in Kopenhagen. Die Einrichtung von Treffpunkten für die Quartiersbevölkerung gilt als entscheidende Voraussetzung für eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Nachbarschaftsaktivitäten (Foto: Jacob Norvig Larsen).

lokalen Potenzials“ an. Für die aktive Beteiligung der Öffentlichkeit wurden insbesondere zwei Argumente vorgebracht: Zum einen sei das Gefühl, zum Stadtteil zu gehören, ihn als den „eigenen“ Stadtteil anzusehen, unter der Quartiersbevölkerung umso stärker, je mehr Bewohnerinnen und Bewohner an den Kvarterløft-Aktivitäten beteiligt werden. Zum anderen müssten aufgrund der Probleme, mit denen benachteiligte Stadtteile konfrontiert sind, möglichst viele lokale Erfahrungen und Potenziale eingebracht wer-

den, um den öffentlichen Sektor bei der Problembewältigung zu unterstützen und seine Ressourcen durch freiwillige Mitarbeit zu stärken. Folglich wurden Maßnahmen zur Einbeziehung von Bewohnerinnen und Bewohnern, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen in den jeweiligen Quartieren initiiert. Lokale Akteure tragen durch ihre Mitwirkung zur Formulierung von Bedürfnissen und Wünschen, zur Entwicklung von Ideen für die Verbesserung der Quartierssituation sowie zur allgemeinen und auch detaillierten Planung bei.

Organisation von Aktivierung und Beteiligung

Im Allgemeinen wird ein Kvarterløft-Projekt durch einen Vertrag zwischen dem Minister für Integration und dem Bürgermeister einer am Programm teilnehmenden Stadt als Vertreter der Verwaltung geregelt. Für die Projektdurchführung sind jeweils ein lokales Lenkungsgremium und ein Verwaltungssekretariat zuständig. In der täglichen Arbeit organisieren professionelle Koordinatoren dieses Sekretariats die Einbeziehung der Bewohnerschaft und stellen unter anderem die Verbindung zu den ansässigen Unternehmen und Einrichtungen her. Mitunter sind die Mitglieder des lokalen Lenkungsgremiums, zu denen Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Mieterorganisationen, von im Rahmen des Kvarterløft-Programms gebildeten Ad-hoc-Arbeitsgruppen und der örtlichen Schulen und Kindergärten gehören, auch Initiatoren von Veranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger.

Formen von Aktivierung und Beteiligung

Alle Kvarterløft-Projekte wurden zunächst im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen im Stadtteil vorgestellt, an denen in der Regel zwischen einhundert und dreihundert Personen teilnahmen. Im Verlauf dieser Veranstaltungen wurden außerdem Ad-hoc-Arbeitsgruppen gebildet, die beim

nächsten Termin – für die meisten Projekte gab es mehrere Veranstaltungen – über ihre Arbeit Bericht erstatteten und Vorschläge für Aktivitäten, Projekte und Verbesserungen im Quartier unterbreiteten. In einem späteren Stadium des Kvarterløft-Programms waren weitere Arbeitsgruppen an der detaillierten Planung und Kontrolle von Aktivitäten und Projekten beteiligt. Neben diesen Großveranstaltungen wurden in den Quartieren unter anderem lokale Feste, Seminare, Treffen, Saubermach-Aktionen organisiert.

Ziele von Aktivierung und Beteiligung

Durch die Einbeziehung lokaler Ressourcen, seien es einzelne Bürgerinnen und Bürger, kommunale Organisationen, private Unternehmen oder öffentliche Einrichtungen, soll in erster Linie eine hohe Qualität der im Rahmen des Kvarterløft-Programms geförderten Dienstleistungen und Investitionen erzielt werden. Es wird davon ausgegangen, dass die Einbeziehung der Bewohnerschaft und anderer lokaler Akteure die Identifizierung mit dem Stadtteil fördern kann, was wiederum – so die Erwartung – zur Nachhaltigkeit der im Rahmen des Kvarterløft-Programms getätigten Investitionen beiträgt. In quantitativer Hinsicht hat man sich inoffiziell das Ziel gesetzt, etwa fünf Prozent der Bevölkerung an den Aktivitäten zu beteiligen.

Erfahrung mit Aktivierung und Beteiligung

Die Erfahrung zeigt, dass ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Organisationsform und dem Erfolg von Beteiligung besteht. Wie viele Personen sich an einem Projekt beteiligen, hängt davon ab, mit welcher Offenheit die Kommune und die lokale Kvarterløft-Organisation das Projekt durchführen und in welchem Maße sie bereit sind, Unterstützung anzubieten. Eng damit verbunden und gleichermaßen wichtig ist die zeitna-

he, umfassende und zuverlässige Weitergabe relevanter Informationen. Etwas ernüchternd wirkt die Erkenntnis, dass Beteiligungsangebote vor allem von einer lokalen Elite angenommen werden. Ausreichend viel Zeit ist nur eine Voraussetzung für erfolgreiche Beteiligung; andere Voraussetzungen sind ausreichendes Know-how über die Leitung von Veranstaltungen, Kenntnisse über die Art und Weise, wie kommunale Entscheidungen getroffen werden, und – last but not least – die Einsicht, dass die beteiligten Bürgerinnen und Bürger nur begrenzt Einfluss auf diese Entscheidungen haben. Ist dies nicht transparent gemacht, können Frustration, Apathie und Verweigerung die Folgen sein.

■ Dr. Jacob Norvig Larsen

Danish Building and Urban Research,
Hørsholm

mailto: jnl@by-og-byg.dk

Aktivierung und Beteiligung in Deutschland

Aktivierung und Beteiligung im Zusammenhang mit Stadtteilentwicklung haben in Deutschland seit den 1970er-Jahren „Tradition“ und waren in Landesprogrammen zur Stadtteilerneuerung während der 1990er stets fest verankert. Mit dem 1999 gestarteten Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ erhalten Aktivierung und Beteiligung nun auch bundesweit zentrale Bedeutung: Im „Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘“ des Ausschusses für Bauwesen und Städtebau und des Ausschusses für Wohnungswesen (ARGEBAU) werden die „Aktivierung örtlicher Potenziale, Hilfe zur Selbsthilfe“ und die „Schaffung selbsttragender Bewohnerorganisationen und stabiler nachbarschaftlicher sozialer Netze“ als wichtige Programmziele genannt. In benachteiligten Quartieren „wird es zum zentralen Anliegen der Stadtteilentwicklung, das eigenständige Stadtteilleben wieder aufzubauen, den sozialen Verbund wieder herzustellen, alle vorhandenen Potenziale zu stärken und die Bewohner zu motivieren, in Initiativen und Vereinen mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren. So soll erreicht werden, dass die Stadtteile schrittweise wieder als selbstständige Gemeinwesen funktionieren“ (ARGEBAU 2000: 4 ff.).

In den jeweiligen Länderrichtlinien oder -informationen zur Programmumsetzung werden die ARGEBAU-Empfehlungen in unterschiedlich starkem Maße aufgegriffen und ausgelegt. Die Bedeutung von Aktivierung und Beteiligung wird zwar grundsätzlich anerkannt, allerdings geben nur wenige Länder konkrete Umsetzungshinweise. In den meisten Fällen werden die teilnehmenden Kommunen lediglich aufgefordert, entspre-

chende Strukturen zu schaffen, Verfahren einzurichten und geeignete Maßnahmen zu ergreifen. In den Städten und Gemeinden schließlich ist die grundlegende Bedeutung von

ren, Interessen zu organisieren, Potenziale zu mobilisieren, also um „Kommunikation, Ideenproduktion sowie Organisation von Menschen und Ressourcen“. Aktivierung ist be-



Gründungsversammlung des Bürgerforums Hannover-Vahrenheide.
Foto: Thomas Oberdorfer, Hannover.

Aktivierung und Beteiligung ebenfalls unstrittig. Allerdings gibt es ein von Kommune zu Kommune teilweise sehr unterschiedliches Verständnis davon, was Aktivierung und Beteiligung im Einzelnen bedeuten oder mit welchen Methoden vorgegangen werden kann.

Methoden und Formen von Aktivierung und Beteiligung

Im deutschen Kontext kann Aktivierung als zentraler Bestandteil Stadtteilbezogener Sozialer Arbeit und von Gemeinwesenarbeit (GWA) verstanden werden; danach handelt es sich um einen „projekt- und themenspezifischen Prozess einer (in der Regel) mehrjährigen Aktivierung der Wohnbevölkerung“ (Hinte 2001). Es geht darum, Probleme zu identifizie-

dürfnisorientiert und setzt an den im Stadtteil/Quartier bereits vorhandenen Ressourcen an. Entsprechende Methoden und Instrumente sind aktivierende Befragungen, Beratungsangebote, aufsuchende Arbeit, Streetwork, Vernetzung von und Vermittlung zwischen einzelnen Akteuren, Institutionen und Organisationen, Mediation, Organisation von Versammlungen, (Stadtteil-)Festen, Veranstaltungen und Aktionen, Gebiets- und Gebäudebegehungen, Informationsangebote und -veranstaltungen, quartiersbezogene Öffentlichkeitsarbeit über (mehrsprachige) Stadtteilzeitungen, Plakate, Flyer, Broschüren, Rundbriefe, Internetangebote, Einsatz von Logos und Slogans (vgl. Mohrlök und andere 1993: 223 f.).

Beteiligung setzt dagegen meist auf einer eher formalen Ebene an und basiert auf mehr oder weniger geplanten Verfahren (konkretes Programm, bestimmter Ort, moderierter Ablauf) sowie vergleichsweise konkreten Zielvorstellungen (z.B. Diskussion zu bestimmten Themen, Entwicklung von Projekten, Vertretung von Gruppeninteressen). Zu solchen Beteiligungsformen gehören Stadtteilkonferenzen, Stadtteil- oder Bürgerforen, Zukunftswerkstätten, Bürgergutachten, thematische Arbeitskreise oder -gruppen, Workshops und beteiligungsorientierte Projekte.

Erfahrungen mit Aktivierung und Beteiligung im Rahmen der Programmumsetzung Soziale Stadt

Bedeutung aufsuchender Ansätze und von Niedrigschwelligkeit

In allen Programmgebieten werden – abhängig von der jeweiligen Ausgangssituation – Aktivierungsinstrumente eingesetzt, insbesondere In-

gesetzt werden müssen, um bestimmte Zielgruppen – vor allem (jugendliche) Migrantinnen und Migranten, Arbeitslose sowie Empfängerinnen und Empfänger staatlicher Transferleistungen – besser zu erreichen. Auch Beteiligung (vor allem in Form von Stadtteilkonferenzen oder -foren, Arbeitsgruppen und Beteiligungsprojekten) ist heute in allen Gebieten ein Thema – wenngleich mit von Fall zu Fall sehr unterschiedlicher Ausprägung in Bezug auf Anlass, Ziel, Themenstellung, zeitliche Kontinuität. Insgesamt spielt Niedrigschwelligkeit, also größtmögliche Offenheit und Zugänglichkeit (auch bereits etablierter Strukturen), eine große Rolle. Außerdem ist deutlich geworden, dass die gewünschten Aktivierungs- und Beteiligungseffekte einer Vertrauensbasis als Grundlage bedürfen, die nur langsam aufgebaut werden kann.

Notwendigkeit tragfähiger Organisationsstrukturen

Erfolgreiche Aktivierung und Beteili-

re das Quartiermanagement vor Ort ist für Aktivierung und Beteiligung zentral – die kontinuierliche Präsenz von Fachleuten im Quartier und die Einrichtung eines Vor-Ort-Büros sind unabdingbare Voraussetzungen für den Aufbau von Kommunikation, Vertrauensstrukturen und Akteursnetzwerken (vgl. dazu: Difu 2003: 175 ff.). Probleme ergeben sich insbesondere dann, wenn die Arbeit mit der Quartiersbevölkerung in starkem Maße auf formalisierte Beteiligungsverfahren beschränkt bleibt und damit die Aktivierungsarbeit eine zu geringe Bedeutung erhält. Als Folge werden Beteiligungsgremien in einigen Kommunen überwiegend von artikulationsstarken und/oder bereits organisierten Bürgerinnen und Bürgern besucht, während benachteiligte Bevölkerungsgruppen kaum oder gar nicht erreicht werden.

Berücksichtigung der jeweiligen Gebietsbesonderheiten

Entscheidend für wirksame Aktivierung und Beteiligung ist, dass die Maßnahmen auf das jeweilige Gebiet und dessen heterogene Bewohnerschaft zugeschnitten sind. Eine einfache Übertragung von Erfahrungen aus anderen Gebieten funktioniert meist nicht. Die Unterstützung von Ideen aus den Reihen der Bewohnerschaft und deren Mitwirkung bei der Maßnahmen- und Projektumsetzung sind zentrale Aktivierungsaspekte. Damit verbundene Konflikte mit konkreten Projekt-, Zeit- und Output-Vorstellungen der Verwaltung müssen konstruktiv gelöst werden. Insbesondere das Jährlichkeitsprinzip der Mittelverwendung und die damit oftmals kollidierenden Zeithorizonte vor Ort können sich als problematisch erweisen.

Erfordernis klarer Verfahrensregeln

Mangelnde Entscheidungsbefugnisse erschweren die Arbeit deutlich. Auf der anderen Seite dürfen hinsichtlich der Realisierung von Bewohnerwünschen keine Illusionen erzeugt wer-



Baumpflanzaktion in Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord.
Foto: Stadtteilbüro Bismarck/Schalke-Nord

formationsangebote und -veranstaltungen, Beratungsangebote, Stadtteilfeste und (aktivierende) Befragungen*. Dabei zeigt es sich allerdings in vielen Fällen, dass Methoden aufsuchender Arbeit stärker als bisher ein-

gung lassen sich vor allem in den Gebieten beobachten, für die ein leistungsfähiges Quartiermanagement auf der Verwaltungs- und der lokalen Ebene sowie im intermediären Bereich eingerichtet wurde. Insbesondere

den – dies betrifft auch die Frage, wie zeitnah Projekte umgesetzt werden können, und die Forderung, dass Verfahren transparent sein müssen. Dazu gehört unter anderem die Klärung der Fragen, wie bedeutsam Beteiligung im Gesamtprozess ist, welche Verbindlichkeit die in Beteiligungsgremien getroffenen Entscheidungen haben, wer der Adressat von Empfehlungen oder Beschlüssen ist, und wie das weitere Procedere außerhalb der Beteiligungsgremien geregelt ist. Unklarheiten in diesen Fragen können zu Frustration und Rückzug führen.

Unterstützung durch lokale Budgets

Als hilfreich oder sogar notwendig für den Aufbau lokaler Beteiligungsstrukturen hat sich in Deutschland die Einrichtung von Verfügungsfonds oder Stadtteilbudgets erwiesen, aus denen kleinere Projekte und Maßnahmen schnell und unbürokratisch realisiert werden können. Dabei spielt weniger die Summe der verfügbaren Mittel eine Rolle als vielmehr die Möglichkeit, diese Gelder unkompliziert direkt vor Ort einzusetzen. In mehr als der Hälfte der Programmgebiete wurde bisher ein solcher Verfügungsfonds eingerichtet; die Mittelvergabe erfolgt meist über das lokale Quartiermanagement, Vergabejurs, Stadtteilforen/-konferenzen oder die Verwaltung selbst.

Rückendeckung durch Politik und Verwaltung

Die Umsetzung des Programms Soziale Stadt hat deutlich gezeigt, dass Aktivierung und Beteiligung in jedem Fall auf die Rückendeckung durch Politik und Verwaltung angewiesen sind, wenn sie als Instrumente und Methoden einer demokratischen Mitbestimmung von unten tatsächlich Ernst genommen werden sollen.

ANMERKUNG

- * Die Aussagen zum Umsetzungsstand des Programms Soziale Stadt basieren auf den Ergebnissen der Programmbegleitung durch das Difu. In deren Rahmen wurden unter anderem zwei Befragungen in den am Programm teilnehmenden Kommunen sowie Programmbegleitungen vor Ort in 16 Modellgebieten (eines pro Bundesland) durchgeführt; vgl. Deutsches Institut für Urbanistik im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (2003).

LITERATUR

ARGEBAU/Ausschuss für Bauwesen und Städtebau und Ausschuss für Wohnungswesen (2000), Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, Zweite Fassung, Stand 1. März 2000.

Difu/Deutsches Institut für Urbanistik im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (2003), Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Berlin 2003.

Hinte, Wolfgang (2001), Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und Strukturen für ein effektives Quartiermanagement, www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Hinte/Quartiermanagement.htm (Stand 9/2001).

Mohrlök, Marion, Michaela Neubauer, Rainer Neubauer und Walter Schönfelder (1993), Let's Organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organization im Vergleich, München, S. 223 f. (Reihe Gemeinwesenarbeit, AG SPAK Bücher M 113).

- Dipl.-Geogr. Thomas Franke

Deutsches Institut für Urbanistik,
Berlin

<mailto:franke@difu.de>

Aktivierung und Beteiligung in England

Einleitung

Das Programm „New Deal for Communities“ soll dazu beitragen, die Kluft zwischen 39 stark benachteiligten Gebieten und dem übrigen England zu verringern. Im Rahmen des Programms werden für die 39 teilnehmenden Gemeinden über einen Zeitraum von zehn Jahren zwei Milliarden Pfund Sterling zur Verfügung gestellt. Die einzelnen Projekte werden von lokalen Partnerschaften in den Quartieren – jedes umfasst 1 000 bis 4 000 Haushalte – geleitet. Mit dem Programm soll den Bewohnerinnen und Bewohnern unter anderem

den zusammenarbeiten und durch einen koordinierten Ansatz eine nachhaltige Veränderung bewirken. Dies wiederum bedeutet, dass die lokalen Partnerschaften mit kommunalen Organisationen, dem öffentlichen Sektor, Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen sowie mit lokalen, kommunalen und regionalen Gremien zusammenarbeiten müssen. Die Verantwortung für das Programm liegt bei der Neighbourhood Renewal Unit, die dem Büro des Stellvertretenden Premierministers untersteht (www.odpm.gov.uk).

dien der folgenden fünf lokalen Partnerschaften:

- Bradford Trident (www.bradfordtrident.co.uk/),
- Devonport Regeneration Company,
- Marsh Farm Community Development Trust (Luton),
- Shoreditch Our Way,
- Back on the Map (Sunderland).

Des Weiteren haben wir uns mit den Ansätzen der Stadtsanierung/-erneuerung in drei Regionen außerhalb Großbritanniens beschäftigt, um Nutzen und Grenzen alternativer Ansätze bei der Einbeziehung der lokalen Ebene zu ermitteln, und zwar in:

- Nordamerika – New York (USA) und Toronto (Kanada),
- Europa – Amsterdam/Dordrecht (Niederlande) und Berlin (Deutschland),
- Indien – Hyderabad und Vijayawada in Andhra Pradesh.

Wir weisen darauf hin, dass die nachstehenden Bemerkungen nicht die Ansichten des Büros des Stellvertretenden Premierministers widerspiegeln.

Die Rolle von Aktivierung und Beteiligung am Programm/ Politikansatz

Nach den Vorstellungen der Regierung sollen die Bewohnerinnen und Bewohner der 39 Stadtteile im Mittelpunkt des Programms „New Deal for Communities“ stehen. Die Bewohnerinnen und Bewohner – einschließlich ethnischer Minderheiten –, lokale Organisationen und Behörden haben sich zu Partnerschaften zusammengeschlossen, um zur Entwicklung lokaler Dienstleistungen und zur Quartiersverbesserung beizutragen. Lokale Probleme sollen „von unten nach



Treffen der Arbeitsgruppe „Bildung“ der Partnerschaft Back on the Map in Sunderland.
Foto: National Audit Office

bei der Kriminalitätsbekämpfung, der Verbesserung von Beschäftigungschancen, Qualifizierungsmöglichkeiten und der gesundheitlichen Situation sowie bei der Sanierung des baulichen Umfelds geholfen werden.

Dazu sieht die Regierung vor, dass die lokalen Partnerschaften im Zuge der Stadtteilerneuerung im Rahmen des Programms „New Deal for Communities“ mit Ministerien und Behör-

Der nationale Rechnungshof (National Audit Office, www.nao.gov.uk) berichtet darüber, inwieweit die Ministerien und andere staatliche Gremien ihre Mittel nach dem Grundsatz „value for money“ eingesetzt haben. In diesem Rahmen untersuchen wir auch das Programm „New Deal for Communities“; für Januar 2004 ist die Veröffentlichung eines Untersuchungsberichts vorgesehen. Unsere Prüfung umfasste detaillierte Fallstu-

oben“ und nicht „von oben nach unten“ gelöst werden.

Organisation von Aktivierung und Beteiligung

Die Neighbourhood Renewal Unit (www.neighbourhood.gov.uk/) ist mit der Leitung des Programms „New Deal for Communities“ betraut. Die Nachbarschaftspartnerschaften setzen sich aus gewählten Organen zusammen, denen Bewohnerinnen und Bewohner (sie stellen die Mehrheit) sowie Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen Sektors, von Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen angehören. Von ihnen sind – ausgerichtet an den Plänen zur Quartiersentwicklung – passende Aktivierungs- und Beteiligungsstrategien im Sinne von Qualifizierung eingesetzt worden. Zum Aufbau nachhaltiger Befähigungsstrukturen gehört es beispielsweise, Bewohnerinnen und Bewohnern die Möglichkeit zu geben, Projekte zu entwickeln, sich mit relevanten Akteursgruppen zu vernetzen und an wichtigen Treffen teilzunehmen.

Zielgruppen von Aktivierung und Beteiligung

„New Deal for Communities“ baut mithilfe der Bewohnerschaft sowie unter Einbeziehung von Schlüsselpersonen und Behörden starke lokale Partnerschaften zur Einleitung nachhaltiger Veränderungen in den Quartieren auf. Zu den involvierten Partnern gehören unter anderem die Kommune, die Gesundheitsbehörden, die Polizei, Wohnungsbaugesellschaften, Unternehmen, Handelskammern, Bildungsgremien.

Formen von Aktivierung und Beteiligung

Es wurden Partnerschaftsgremien gegründet, die einen möglichst breiten Querschnitt durch die Kommune darstellen – beispielsweise sind in den Gremien Sitze für ethnische und religiöse Gruppen reserviert. Aktivierungsmethoden umfassen lokale Ver-

anstaltungen ebenso wie Informationsarbeit zu Beteiligungsmöglichkeiten oder Beratungsangebote.

„Ich denke, Bradford Trident wendet sich an die „Graswurzel“. Ich meine, direkte Ansprache ist ein machtvolles Instrument und führt dazu, dass die Leute an einigen der Programme teilnehmen. Für mich ist es das Effektivste, was passiert ist.“ (Einwohner, der in der vom National Audit Office unterstützten Focus Group mitarbeitet.)

Ziele von Aktivierung und Beteiligung

Mit dem Beteiligungsansatz des Programms „New Deal for Communities“ soll sichergestellt werden, dass bei der Verbesserung des lokalen Dienstleistungsangebots und der Quartiersentwicklung die Bedürfnisse der Quartiersbewohnerschaft berücksichtigt werden. Es wird erwartet, dass die Partnerschaftsgremien in der Lage sind, das Programm „New Deal for Communities“ umzusetzen. Dies bedeutet, dass sie für die Verteilung von 52 Millionen Pfund Sterling an Haushaltsmitteln über einen Zeitraum von zehn Jahren verantwortlich sein werden.

„Ich bin 1964 hierher gekommen. Ich bin hier aufgewachsen, mein Bruder ist hier aufgewachsen. Zum ersten Mal haben wir hier einen kleinen Spielplatz bekommen. Es ist das erste Mal seit 50 oder 60 Jahren, dass ich einen Spielplatz gesehen habe. Das ist sehr schön, wissen Sie.“ (Einwohner, der in der vom National Audit Office unterstützten Focus Group mitarbeitet.)

Erfahrung mit Aktivierung und Beteiligung

Die 39 Partnerschaften wurden in zwei Stufen eingeführt:

- 17 Partnerschaften im Jahre 1998 und
- 22 Partnerschaften im Jahre 1999.

In den Partnerschaften gab es einen unterschiedlichen Grad von Aktivierung und Beteiligung, was zum Teil der stufenweisen Einführung geschuldet ist. Die 39 Quartiere weisen eine Reihe von Problemen auf, die für benachteiligte Stadtteile charakteristisch sind. In einigen Gebieten stellt der Bereich Wohnen ein herausragendes Problem dar, in Gebieten, die vom Niedergang wichtiger Industriezweige betroffen sind, ist es die Arbeitslosigkeit, in anderen die Kriminalität.

- Einige Partnerschaften haben mit einer starken Beteiligung begonnen, jedoch lassen die Ablauf- und Verfahrensvorschriften des Programms langfristig kaum eine Ausweitung der Beteiligung zu.
- Partnerschaften, die in hohem Maße die Dienste von Beraterinnen und Beratern in Anspruch genommen haben, schränken eventuell dadurch unbeabsichtigt die Möglichkeiten für eine Beteiligung der Bewohnerschaft ein.
- Kann ein Gebiet auf eine lange Geschichte von Nachbarschaftsaktivitäten zurückblicken, ist anderen Bewohnerinnen und Bewohnern der Zugang zu dem Programm möglicherweise erschwert.
- Kinderbetreuung ist in einigen Gebieten ein Problem, was die Möglichkeiten Alleinerziehender einschränkt, an dem Programm mitzuarbeiten und eine Aufgabe zu übernehmen. Auch die Teilnahme älterer Menschen kann aufgrund eingeschränkter Mobilität oder schlechter Erreichbarkeit begrenzt sein.
- Die Terminlegung der Versammlungen kann die Beteiligung von Berufstätigen, insbesondere der im Gastgewerbe Beschäftigten, einschränken.

- Zweifellos schüchtern der formale Charakter der Versammlungen diejenigen Bewohnerinnen und Bewohner ein, die mit solchen Verfahren nicht oder wenig vertraut sind.

Bürgerbeteiligung und „Politique de la ville“ in Frankreich

Als großer Vorteil hat es sich erwiesen, dass mit dem Programm insbesondere soziale Integration – vor allem von ethnischen Minoritäten und Jugendlichen – betont wird. Umfangreiche Befragungen der Bewohnerschaft sind für die Partnerschaften ein wichtiges Instrument der Bürgerbeteiligung.

Die Regierung ist entschlossen, aus dem Programm „New Deal for Communities“ zu lernen, was in punkto Stadterneuerung möglich ist und was nicht. Indem die Regierung die lokale Ebene in den Mittelpunkt des Programms stellt, gibt sie den Bürgerinnen und Bürgern sowie lokalen Gremien eine neuartige Gelegenheit, bei der Gestaltung des lokalen Dienstleistungsangebots und der Quartiersentwicklung sichtbare und nachhaltige Veränderungen zu erreichen.

- Robin Ryde und Robert Reeve
National Audit Office, London
mailto: robin.ryde@nao.gsi.gov.uk
mailto: robert.reeve@nao.gsi.gov.uk

Im Allgemeinen ist die Einbeziehung von Einwohnerinnen und Einwohnern ein Schlüsselement integrativer Ansätze für eine nachhaltige Stadtentwicklung, die seit den Neunzigerjahren überall in Europa aufgegriffen werden. Dies gilt in besonderem Maße für die „Politique de la ville“ in Frankreich, die auf eine längere Tradition als die anderen europäischen Ansätze zurückblicken kann, da sie bereits Ende der Siebzigerjahre begründet wurde. Derzeit existieren Städteverträge („contrats de ville“) zwischen dem Staat und 247 Metropolregionen mit rund 1 500 Nachbarschaften. Bei den dabei entwickelten Konzepten wurde die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern stets als eine Priorität angesehen und als Herausforderung begriffen, der man sich stellen muss, auch wenn die Ergebnisse den ehrgeizigen Zielen bisher nicht gerecht geworden sind. In diesem Beitrag wollen wir uns nicht so sehr auf die mangelnde Übereinstimmung zwischen Ziel und Wirklichkeit konzentrieren – eine Diskrepanz, die in der Politik keineswegs überrascht –, sondern die Gründe dafür untersuchen, warum dieser Aspekt der politischen Konzeption so beständig ist, obwohl er als ihr größter Schwachpunkt gilt.

Die „Politique de la ville“ wurde in den Siebzigerjahren unter dem Namen „Habitat et vie sociale – HVS“ eingeführt. Sie entstand, als die Stadtpolitik in Frankreich neu gestaltet wurde. Man ging von der Urbanisierung der Randgebiete (Bau von Hochhaussiedlungen) und dem Abriss alter, heruntergekommener Stadtteile

(Stadterneuerung) zu einem Konzept über, dessen Schwerpunkt einerseits der Schutz des historischen Erbes und die Sanierung alter Stadtbezirke ist und andererseits die Modernisierung verwahrloster Hochhaussiedlungen, in denen sich zunehmend benachteiligte Gruppen (vor allem Migranten und Mittellose) konzentrieren. Diese Verlagerung von der „Stadtgestaltung von oben“ zur „Stadtgestaltung von unten“, von städtischer „Hardware“ zu städtischer „Software“ erfordert von den städtischen Akteuren einen neuen Ansatz.

Dabei muss die Rolle der Akteure, und insbesondere der Bewohnerinnen und Bewohner, unbedingt neu überdacht werden, denn man kann eine Stadt und ihre Stadtteile nur neu gestalten, wenn die dort lebenden Menschen mit ihren Bedürfnissen und Wünschen berücksichtigt werden. Technische Erwägungen spielen ebenfalls eine Rolle, weil die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt immer mehr von der Erweiterung der öffentlichen Dienstleistungen abhängt, die genutzt werden müssen, damit ihre Existenz gesichert ist. Die Einbeziehung der Bewohnerschaft, die eine natürliche Folge dieser Entwicklung ist, hat eine besondere Dimension, die die soziologischen Merkmale und die wechselnden Gebiete im Zusammenhang mit dieser Politik berücksichtigt (so handelt es sich um Menschen, die oft nur wenig Erfahrung haben, wie das Zusammenwirken von Politik, Gewerkschaften und Kommune funktioniert oder was die Übernahme von Verantwortung bedeutet).

Schließlich wirft die notwendige Zusammenarbeit mit Bewohnerinnen und Bewohnern auch Fragen politischer Natur auf, die die Entwicklung von Stadtgesellschaften mit sich bringt.

Dies ist nur im Zusammenhang mit der in Frankreich herrschenden politisch-demokratischen Grundeinstellung und der Ablehnung des Gemeinschaftsbegriffs zu verstehen. Ebenso wie Vereinigungen fielen auch Kommunen als grundlegende politische Organisationen, die bestimmte lokale Interessen vertreten, den revolutionären Veränderungen zum Opfer (Gesetz Le Chapelier von 1791). Es ist ein seltsames Paradoxon: während zwei Jahrhunderte nach diesem berühmten Gesetz Interessenvertretungen, die Gemeinschaft sowie damit zusammenhängende Netzwerke beträchtlich geschwächt sind (Herausbildung des Individualismus, Abnahme der Solidarität und des sozialen Zusammenhalts, Rückentwicklung des politischen Engagements), machen die Organisation der sozialen Reproduktionssysteme und die politischen Regulierungsmechanismen nunmehr deutlich, dass sie doch gebraucht werden. Gleichzeitig wächst die Zahl der ethnischen und religiösen Gemeinschaften und der „geschlossenen Wohnkomplexe“ („gated communities“).

Die Bürgerbeteiligung ist das Ergebnis dieses Paradoxons. Sie ist Bestandteil der „Politique de la ville“, die speziell für die Stadtteile entwickelt wurde, in denen sich sozial benachteiligte Schichten konzentrieren. Seitdem sich die repräsentative Demokratie in der Krise befindet und ihre Fähigkeit verloren hat, die Vielfalt der sozialen Gruppen und ihre Interessen zu vertreten (Stichworte: Stimmenthaltung, Korporatismus und klientelistisches Wahlverhalten), wird dieser Aspekt der partizipativen Demokratie immer häufiger im öffentlichen Diskurs erwähnt.

Eines der mehr oder weniger expliziten Ziele der „Politique de la ville“ besteht in der Wiederbelebung dieses repräsentativen Charakters, indem Entwicklungsstrategien in Bereichen umgesetzt werden, in denen eine umfassende Partizipation von Bewohnerinnen und Bewohnern möglich ist. In gewissem Maße können wir diese Strategien als „Propädeutik“ der Entwicklung einer neuen Form der Bürgerschaft betrachten. Dieses Ziel wird durch Lenkungsausschüsse unterstützt, in denen verschiedene Akteure (selbstverständlich auch Bewohnerinnen und Bewohner) zusammenarbeiten und die für die Förderung der von den Kommunen geplanten Projekte zuständig sind. Sie werden von professionellen Kräften (Projekt- und Entwicklungsmanagement) unterstützt, die den Bürgerinnen und Bürgern sowie verschiedenen Bewohnergruppen bei der Durchführung ihrer Projekte Hilfestellung geben sollen. Mitunter werden Kurse durchgeführt, damit sich die Beteiligten die Fähigkeit zur Projektentwicklung aneignen können (Empowerment), und sich gleichzeitig eine neue politische „Elite“, beispielsweise aus Immigranten der zweiten und dritten Generation, herausbildet. Im Jahre 2002 wurde ein neues nationales Gesetz über kommunale Demokratie und Stadtteilräte verabschiedet.

Die in diesem Bereich erzielten Ergebnisse sind zwiespältig. Einerseits ist es schwierig, gegen den Strom der Veränderungen zu schwimmen und insbesondere angesichts einer politischen Tradition, in der Gemeinwesenarbeit stets skeptisch betrachtet wurde, mit einer Kultur des Konsumierens und des Unterstützt-Werdens zu brechen. Andererseits sind die für das Stadtmanagement und die einzelnen Ebenen der Stadtregierung zuständigen professionellen Kräfte im Allgemeinen nicht ohne weiteres bereit, ihr Wissen mit anderen zu teilen und Dienstleistungen zusammen mit Bewohnerinnen und Bewohnern zu

entwickeln (demokratische Regierungsführung).

Wir können in Bezug auf die Bürgerbeteiligung optimistisch sein, da diese Veränderungen nicht nur auf politischem Goodwill beruhen (was von den Politikerinnen und Politikern anerkannt wird), sondern sich auch aus der Notwendigkeit ergeben, dass die Städte im Globalisierungsprozess eine zentrale Rolle spielen müssen, sowie aus den radikalen Veränderungen in der Wirtschaft und in der Stadtgesellschaft. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Entwicklung des Sozialkapitals in den Städten, um das dort vorhandene Potenzial für eine umfassende Selbstverwaltung zu stärken. Die große Herausforderung einer Partizipationsstrategie und natürlich neuer stadtpolitischer Maßnahmen besteht darin, den Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere den Frauen, von denen die soziale und politische Reproduktion unserer Stadtgesellschaften abhängt, mehr Verantwortung in ihrem persönlichen Leben und in ihren Kommunen zu übertragen. Die Notwendigkeit der „Stadtgestaltung von unten“ zwingt die örtlichen Akteure, nach neuen Methoden zu suchen, um eine der großen und permanenten Aufgaben in Angriff zu nehmen, die Hannah Arendt in der Frage nach dem Zusammenhang von „miteinander sein und miteinander leben“ in den europäischen Städten sah.

■ Prof. Dr. Claude Jacquier

Forschungsdirektor beim Nationalen Zentrum für Wissenschaftliche Forschung (CNRS),
Professor am Institut für Politische Studien, Université Pierre Mendès, Grenoble

mailto:
claude.jacquier@upmf-grenoble.fr

Beteiligung an Entscheidungsprozessen in den Niederlanden: „Big Cities Policy“ in Den Haag

Das niederländische Programm „Big Cities Policy“ ist auf Ersuchen der vier großen Städte Amsterdam, Den Haag, Rotterdam und Utrecht entstanden. Sie haben die Zentralregierung gebeten, ihr besonderes Augenmerk auf die Probleme in den Städten zu richten. Daraufhin hat die Zentralregierung die Rahmenrichtlinien für das Programm entworfen, das wiederum von den Städten je nach den Bedürfnissen vor Ort individuell angepasst wird. Die Zentralregierung stellt Finanzmittel für die Städte auf Grundlage eines Entwicklungsplans zur Verfügung, der in einem vertraglich festgelegten Vierjahresrhythmus umgesetzt wird (jeweils beginnend in den Jahren 1994, 1999 und 2003). Er basiert auf einem gebietsbezogenen Konzept, das sich auf die benachteiligten Stadtteile konzentriert; Ziel ist es, eine lebendige Stadt zu schaffen, in der alle Einwohnerinnen und Einwohner „ihren Platz“ haben.

Die Beteiligung an Entscheidungsprozessen im Rahmen des Entwicklungsplans wird vor allem als Mittel zur Verbesserung der Situation der Bewohnerschaft benachteiligter Stadtgebiete betrachtet. Der Entwicklungsplan berücksichtigt auch, dass die unterschiedlichen Zielgruppen oft selbst am besten wissen, was gut für sie ist und wie eine Verbesserung ihrer Lebenssituation erreicht werden könnte.

Konkret bedeutet dies eine stärkere Entwicklung hin zur Mitbestimmung in der Stadtentwicklungsplanung. Bis etwa 1990 wurden in den Niederlanden von einer stark zentralisierten Regierung Budgets zugewiesen und Entscheidungen getroffen. Das zweite Kabinett Kok setzte dann neue Konzepte für die öffentliche Verwaltung

politisch um, und 1994 wurde das Programm „Big Cities Policy“ eingeführt. Die Städte wurden aufgefordert, in Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern sowie anderen privaten Akteuren lokale Entwicklungsprioritäten im Rahmen langfristiger Entwicklungsprogramme zu formulieren.

Die Entscheidungsträger betrachteten Bürgerbeteiligung als maßgeblichen Bestandteil des Entwicklungsplans; durch die Institutionalisierung von Beteiligung können sie soziale und politische Rahmenbedingungen für die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern schaffen. Damit sich die Bewohnerinnen und Bewohner an konkreten Entscheidungen beteiligen können, benötigen sie Zugang zu Informationen. Darüber hinaus müssen sie Gelegenheit erhalten, Entscheidungen zu treffen; sie müssen sich einen Teil der Entscheidungsgewalt anderer, einflussreicher Beteiligter aneignen – die entsprechende Parität kann durch Maßnahmen zur Stärkung der Position der Bewohnerschaft erreicht werden. Bewohnerorganisationen können finanziell, durch Know-how oder infrastrukturell unterstützt werden. Dabei ist es allerdings nicht so, dass die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen von Urban Governance stets ihre Wünsche realisieren können – in den Niederlanden haben Politikerinnen und Politiker als demokratisch gewählte Repräsentanten des Volkes eine Kontroll- und Weisungsfunktion und daher auch immer das letzte Wort.

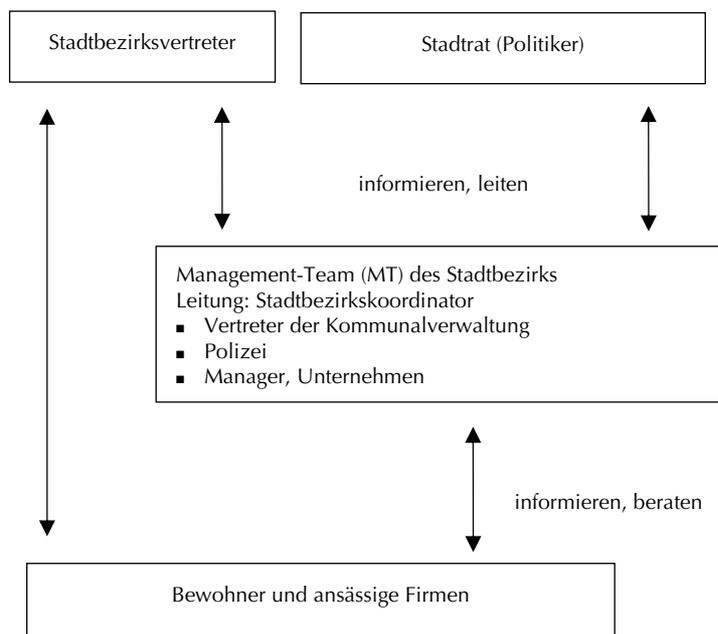
Institutionalisierung der Bürgerbeteiligung in Den Haag

In Absprache mit allen beteiligten Parteien musste jede Stadt bis zum Beginn der zweiten Phase des Ent-

wicklungsplans ein Konzept erstellt haben, das alle Vorhaben für den Vertragszeitraum darlegt (1999–2002/3). Das Den Haager Konzept trägt den Titel „Die Stärke Den Haags“. Sowohl das Konzept als auch Befragungsergebnisse – für das UGIS-Programm wurden im Jahr 2001 23 Befragungen mit Entscheidungsträgern durchgeführt – zeigen, dass Den Haag sehr zufrieden mit seinem Aufbau von Beteiligungsstrukturen im Rahmen von Entscheidungsprozessen ist. Die Kommune betrachtet sich im Bereich Urban Governance als innovativ. „Die Stärke Den Haags“ betont, dass die Kommunalverwaltung großen Wert auf die Beteiligung unterschiedlicher Akteure legt, dass die Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor und der Bewohnerschaft sehr geschätzt wird und dass sie auf Stadtbezirksebene intensiviert werden sollte.

Die „Big Cities Policy“ ist ein gebietsbezogenes Konzept, das physisch-materielle, soziale und – falls irgend möglich – auch ökonomische Maßnahmen im jeweiligen Bezirk koordiniert. Im Idealfall sollte dieser Koordinierungsprozess alle Parteien einschließen: Wohnungsbaugesellschaften, Geschäftsleute, Bürgerinnen und Bürger, die Polizei, Anbieter kommunaler und sozialer Dienstleistungen, Schulen, Krankenhäuser usw. Zu diesem Zweck wird in jedem Bezirk ein Management-Team (MT) eingesetzt, für das die Anwohnerinnen und Anwohner eine Beraterfunktion übernehmen. Leiter des Teams ist der jeweilige Stadtbezirkskoordinator, ein Regierungsbeamter der Kommune. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, das für den Bezirk zuständige MT gegebenenfalls zu übergehen

Organigramm der Beteiligung in Management-Teams in Den Haag



Quelle: Interviews UGIS 2001

und direkt auf die Entscheidungen der Kommunalverwaltung zu reagieren. Um eine Brücke zwischen Kommunalverwaltung und Bürgerschaft zu schlagen, hat jedes Stadtviertel neuerdings seinen eigenen Vertreter im Stadtrat, der als Kontaktperson für die Bewohnerschaft fungiert. Zusätzlich zur Vertretung durch einen Beamten der Kommunalverwaltung ist eine politische Vertretung für jeden Bezirk eingerichtet worden.

Im Rahmen von Urban Governance und speziell Bürgerbeteiligung spielt neben dem Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner Offenheit eine wichtige Rolle. Der Stadtbezirkskoordinator ist eine Schlüsselfigur im Beteiligungsprozess. Die von der Kommunalverwaltung formulierte Politik wird auf Stadtbezirksebene praktisch umgesetzt. Die Auslegung von Anweisungen „von oben“ durch die Stadtbezirkskoordinatoren kann sehr unterschiedlich ausfallen und folglich zu unterschiedlichen Beteiligungsergebnissen führen.

Inwieweit erfüllt der Haager Ansatz die Anforderungen erfolgreicher Urban Governance? Ein charakteristisches Merkmal von Urban Governance ist die intensive Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren, unter anderem der Quartiersbewohnerschaft und ihren Organisationen, wobei klare Vereinbarungen über die jeweiligen Zuständigkeiten und Aufgaben getroffen werden müssen. In Den Haag haben sich Probleme hinsichtlich klarer Vereinbarungen und – aufgrund mangelnder Transparenz – bezüglich Entscheidungsbefugnissen ergeben. Die derzeitige Organisationsstruktur lässt Spielraum für die Rollen der Manager und der Stadtbezirkskoordinatoren in den Management-Teams. Daher ist zu fragen, ob die Aufgaben der Bewohnerinnen und Bewohner festgelegt werden sollen. Denn wenn alles bis ins letzte Detail geregelt ist, bleibt kein Freiraum mehr für neue Initiativen.

Unabdingbar ist, dass die Regierung Bewohnerbeteiligung durch finanzielle Hilfen, Know-how und die Bereit-

stellung von Infrastruktur unterstützt; die Bewohnerorganisationen leisten hierfür die Vorarbeit. Dabei stellt sich allerdings das Problem, dass sich neu zugezogene Quartiersbewohnerinnen und -bewohner – beispielsweise Immigranten –, oftmals damit schwer tun, sich bestehenden Organisationen anzuschließen, und daher weniger Gelegenheit haben, sich Gehör zu verschaffen.

Auch die Entwicklung von Sozialkapital kann ein Problem sein. Die Zusammensetzung der Bevölkerung spielt hierbei eine entscheidende Rolle; die große Bandbreite verschiedener Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Bezirken behindert die Gründung von Netzwerken, die es Bewohnerinnen und Bewohnern ermöglichen, sich zu engagieren. Wissen und Organisationstalent sind zunehmend wichtige Ressourcen angesichts der vielfältigen Gegensätze.

Zusammenfassend können wir feststellen, dass die Kommunalverwaltung mit ihren nachdrücklichen Bemühungen, die Bürgerschaft in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen, vor einer schwierigen Aufgabe steht. Neue, Erfolg versprechende Initiativen stehen und fallen mit der Qualität ihrer Organisation. Eine gute Organisation stellt hohe Anforderungen an die Kommunalverwaltung *und* die Bürgerschaft. Damit Beteiligung erfolgreich ist, müssen Bewohnerinnen und Bewohner in der Lage sein, sich im Rahmen der von der Kommune eingerichteten organisatorischen Strukturen zu beteiligen *und* zu agieren.

■ Drs. Karien Dekker

Stadt- und Regionalforschungszentrum des Fachbereichs Geographische Wissenschaften der Universität Utrecht, Programm-Managerin für das europäische RESTATE-Projekt

mailto: K.Dekker@geog.uu.nl

Aktivierung und Beteiligung in Österreich

Aktivierung und Beteiligung sind in Österreich noch vergleichsweise wenig verbreitet. Ansätze finden sich im Umweltbereich, in dem neue Formen der Konfliktregelung (z.B. Umweltmediation) allmählich „traditionelle“, vergleichsweise stark abgeschlossene Verhandlungsformen ablösen und damit ein Feld für die direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungsprozessen öffnen. Mit dem Instrument der *Strategischen Umweltprüfung* (SUP) werden Politikansätze, Programme und Planungen in den Bereichen Raumordnung, Verkehr, Abfall-, Energie- und Wasserwirtschaft sowie Tourismus an „Runden Tischen“ unter Einbeziehung aller relevanten Interessengruppen entwickelt. Beteiligungsprozesse werden außerdem im Rahmen von Lokale-Agenda-21-Prozessen forciert (vgl. Astleithner und andere 2002). Auf Basis der annähernd 30-jährigen Erfahrung mit „sanfter Stadterneuerung“ in Wien („Gebietsbetreuungen“; vgl. Magistrat der Stadt Wien 2000) werden „klassische“ Aufgaben wie Informations- und Beratungsarbeit oder „Hilfe zur Selbsthilfe“ mittlerweile von neuen Beteiligungsmodellen abgelöst, die viele Elemente der Gemeinwesenarbeit integrieren.

Zur Förderung von Beteiligungsverfahren wurde vom österreichischen Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) eine „Strategiegruppe Partizipation“ unter Leitung der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) eingesetzt, die generelle Rahmenbedingungen und Qualitätskriterien für partizipative Verfahren entwickelt hat (www.partizipation.at). Neben der Forderung nach Kooperation, Mediation und Empowerment werden darin unter anderem folgende Grundsätze hervorgehoben:

- Voraussetzung für Beteiligung ist die „Rückendeckung“ durch Entscheidungsträgerinnen und -träger in Politik und Verwaltung.
- Alle relevanten Interessengruppen sollten am Verhandlungstisch ausgewogen und unter Berücksichtigung der Anforderungen des „Gender mainstreaming“ vertreten sein.
- In Bezug auf den Umgang mit Aushandlungsergebnissen müssen Verbindlichkeit sowie Einfluss- und Aktionsmöglichkeiten der Beteiligten klargestellt werden.
- Beteiligungsverfahren benötigen die Ausstattung mit Ressourcen (Informationen, Finanzmittel).

Trotz dieser Vorleistungen auf Bundesebene ist sozialorientierte Stadtentwicklung in Österreich allerdings nicht in einen übergeordneten politischen Ansatz wie das deutsche Bundesländer-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ eingebunden. Bei sozialer Stadterneuerung, Lokaler Agenda 21 und Grätzelmanagement (die Bezeichnung für Quartier/Nachbarschaft/Wohnviertel lautet „Grätzel“) handelt es sich vielmehr um einzelne Pilotprojekte auf kommunaler Ebene. Dabei kann insbesondere die Stadt Wien – wesentlich unterstützt vom Stadtrat für Planung und Verkehr – auf einige erfolgreiche Projekte im Rahmen der Stadtentwicklung ver-



Partizipationsrunde im Wiener Rathaus (Quelle: Kollmann u.a.)

Außerdem wurden Qualitätskriterien für die Prozesssteuerung und das Prozessdesign formuliert. Insbesondere wird Wert darauf gelegt, dass formale und informelle Prozesse aufeinander abgestimmt werden, also beispielsweise die Schnittstelle zwischen Mediationsverfahren und Behördenverfahren organisiert wird.

weisen (z.B. Umgestaltung des Yppenplatzes in Ottakring oder Einrichtung eines Internetforums zur Begleitung der Entwicklung des Wiener Hochhauskonzepts; vgl. Schicker 2002). Im Zuge der Durchführung der „Strategischen Umweltprüfung zum Entwicklungsraum Nordosten Wiens (SUPer NOW)“ werden elementare Fragen zur Raum- und Verkehrsent-

wicklung sowie damit zusammenhängenden Umweltaspekten gemeinsam mit Interessenvertreterinnen und -vertretern erörtert (www.wien.at/stadtentwicklung/supernow).

Auch bei der Erarbeitung des neuen Stadtentwicklungsplans Wien („STEP05“), bei dem Handlungsfelder, Instrumente und Maßnahmen einer sozial orientierten Stadterneuerung im Vordergrund stehen, sollen neue Verfahren der Bürgerbeteiligung erprobt werden. Dies geschieht zurzeit im Pilotprojekt „Grätzelmanagement“ in zwei Bezirken (Volkert- und Alliiertenviertel sowie rund um den Wallensteinplatz), dessen Grundsatz die Nutzung endogener Potenziale und Ressourcen für eine nachhaltige Stadtentwicklung ist (vgl. Breitfuss und Dangschat 2001). Konkret bedeutet dies Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern, Informationsvermittlung zu Gestaltungsmöglichkeiten sowie Unterstützung bei Projektinitiativen. Auch wurden Maßnahmen und Initiativen zur Verbesserung der interkulturellen Kommunikation im Rahmen eines „Grätzelforums“ durchgeführt. Mit einer aktivierenden Befragung sollten Bürgerinnen und Bürger für die Mitarbeit in Arbeitsgruppen zu verschiedenen quartiersrelevanten Themen gewonnen werden. Im Volkert- und Alliiertenviertel wurden außerdem soziale Einrichtungen – insbesondere Schulen – als Multiplikatoren für die Arbeit des Grätzelmanagements einbezogen; ein erster Erfolg ist der verbesserte Kontakt zu Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund. Generell sind verschiedene Institutionen wie Kirchen, eine Außenstelle des Integrationsfonds, ein Jugendzentrum und ein Frauentreff mittlerweile wichtige Knotenpunkte für die Vernetzungsarbeit im Stadtteil (vgl. Mann 2003).

In Graz – neben Wien die zweite Großstadt, in der soziale Stadtentwicklung erprobt wird – werden Beteiligungsprozesse im Rahmen der

Gemeinschaftsinitiative URBAN II („UrbanGrazWest“; vgl. Magistrat der Stadt Graz 2002) durchgeführt: Dabei wurden die Programmziele schon frühzeitig nicht nur durch Experten allein, sondern im Rahmen eines kommunikationsorientierten Entwicklungsprozesses erarbeitet. Gesteuert von der „Initiative Stadtteilentwicklung Graz-West“ wurden möglichst viele öffentliche und private Interessengruppen aus den Bereichen Soziales, Wirtschaft, Ökologie in Kommunikationsprozesse und Beteiligungsverfahren sowie offene Planungs- und Entscheidungsstrukturen eingebunden. Dies flankierend sind außerdem der so genannte Infopoint als zentrale Anlaufstelle im Stadtteil Gries ins Leben gerufen sowie eine Internetplattform eingerichtet worden (<http://www.urban-link.at>).

Aktivierung und Beteiligung der Bevölkerung im Zusammenhang mit Stadtentwicklung erleben gegenwärtig einen Aufschwung. Zum einen werden dadurch bessere Projektergebnisse erzielt, da mehr Informationen, Wissen und das Engagement lokaler Akteure in konkrete Planungen einfließen. Zum anderen besteht aber auch die Gefahr, dass Partizipation nur ein „Feigenblatt“ ist, insbesondere wenn Beteiligungsangebote nicht oder nur unzureichend mit den notwendigen Ressourcen – an erster Stelle Entscheidungsbefugnisse – ausgestattet sind.

Die zunehmende Bedeutung von Aktivierung und Beteiligung findet ihren Niederschlag auch in der Ausbildung zukünftiger Verantwortlicher. So können Studierende der Raumplanung und Architektur an der TU Wien seit zwei Jahren an einem Ausbildungsmodul „Partizipation und Moderation“ teilnehmen, in dem unter anderem die Beteiligung schwer erreichbarer Bevölkerungsgruppen wie Obdachloser, Jugendlicher, Migrantinnen und Migranten ein wichtiges Thema ist.

Aktivierung und Beteiligung der Bevölkerung sind in Österreich, wo allzu oft eine eher resignative „*mir is eh alles wurscht*“-Stimmung festzustellen ist, eine wichtige Aufgabe, um lokale Demokratie und soziale wie kulturelle Integration zu stärken.

■ Mag. rer. soc. oec.
Dipl.-Ing. Oliver Frey

TU Wien, Institut der Soziologie für
Raumplanung und Architektur (ISRA)

mailto: oliver.frey@tuwien.ac.at

LITERATUR

- Astleithner, Florentina, Karin Pausz und Andrea Reiter (2002), Charakteristika und Spannungsfeld eines Lokalen Agenda 21-Prozesses, Wien.
- Breitfuss, Andrea, und Jens Dangschat (2001), Pilotprogramm „Grätzelmanagement Wien“, Konzeptpapier B – Projektebene. Projekte in Wien – Leopoldstadt „Nordbahnviertel“ und „Stuwerviertel“, unveröffentlichtes Projektpapier, Wien.
- Kollmann, Gerhard, Margit Leuthold, Wolfgang Pfefferkorn, Christian Schrefel (Hrsg.), Partizipation. Ein Reiseführer für Grenzüberschreitung in Wissenschaft und Planung.
- Magistrat der Stadt Graz, Amt für Stadtentwicklung und Stadterneuerung (Hrsg.) (2000), Urban Graz-West. Raum für Zukunft, Newsletter, Nr. 3, Graz.
- Magistrat der Stadt Wien, MA 50 (Hrsg.) (2000), Stadterneuerung Wien. 25 Jahre Gebietsbetreuung in Wien – Bilanz, Perspektive, Strategie, Wien.
- Mann, Andrea (im Erscheinen), Erfahrungen mit Aktivierung im Volkert- und Alliiertenviertel, in: Christoph Stoik und Johannes Posch, Methoden der aktivierenden Stadtteilarbeit, Wien.
- Schicker, Rudolf (2002), Mehr Chancen für das kreative Potenzial der Wienerinnen und Wiener, in: Michael Häupl (Hrsg.), BürgerInnenbeteiligung und Partizipation. Konzepte zur Entwicklung der Demokratie in der Stadt, Wien, S. 150–154.

Aktivierung und Beteiligung in Schweden

Zwei Initiativen zur Entwicklung der „Peripherie“ Stockholms

Im Jahr 1995 stellte der Stockholmer Stadtrat die „Peripherie-Initiative“ vor. Sie zielte darauf ab, die Lebensbedingungen in 13 Stadtbezirken zu verbessern, die man als „Nachzügler“ hinsichtlich der sozialen, ökonomischen und physisch-materiellen Entwicklung im Kontext der Gesamtstadt betrachtete. Die Zielsetzungen der Initiative haben sich mit den Jahren ebenso verschoben wie die damit verbundenen Organisationsformen und Arbeitsmethoden. Neuerungen im Laufe der Zeit sind hauptsächlich auf politische Veränderungen im Stadtrat, teilweise aber auch auf praktische Erfahrungen zurückzuführen. Die unterschiedlichen politischen Parteien im Stadtrat sind sich über das grundlegende Ziel der Initiative einig, nämlich die Lebensbedingungen und die demokratische Beteiligung in den betreffenden Bezirken zu fördern. Uneinig aber sind sie sich über die Mittel und Methoden, die dafür eingesetzt werden sollen. Die Initiative wird mindestens bis 2006 laufen.

Im Jahr 1998 beschloss die schwedische Regierung, in den drei Großstadtbereichen Schwedens – Stockholm, Göteborg und Malmö – einen Stadtentwicklungsplan vorzustellen, der die dortige Entwicklung fördern und die wachsenden sozialen Unterschiede und Probleme bekämpfen sollte. Geplant war eine langfristige Maßnahme; eine erste Entwicklungsphase mit staatlicher Förderung dauerte zunächst von 1999 bis 2003. Das Programm war für 24 Stadtbezirke in sieben Gemeinden der Großstadtbereiche konzipiert und wird hauptsächlich auf Stadtbezirksebene umgesetzt. In Stockholm sind fünf Außenbezirke daran beteiligt, die sich mit

der „Peripherie-Initiative“ überschneiden.

Das Stadtentwicklungsprogramm verfolgt zwei übergreifende Ziele:

- Bedingungen für langfristiges und nachhaltiges Wachstum in den Großstadtbereichen zu schaffen;
- soziale, ethnische und andere diskriminierende Trennungen aufzubrechen; Gleichheit und vergleichbare Lebensbedingungen für alle Stadtbewohner zu fördern.

ge Methoden zur Erreichung von Zielen (bessere Ausbildung, höhere Beschäftigungszahlen) als auch wichtige Ziele „an sich“. Im nationalen Stadtentwicklungsprogramm sind Beteiligung und Aktivierung sogar Voraussetzungen für eine nationale Kofinanzierung lokaler Entwicklungsprogramms.

Die Aufgabe, zu definieren, was eigentlich mit „Aktivierung“ und „Beteiligung“ gemeint ist, und entsprechen-



Markt in der Kämpinge-Schule, Distrikt Tensta (Foto: Malcolm Jacobson)

Um diese Ziele zu erreichen, wurden zwischen Staat und Kommunen regionale Entwicklungsvereinbarungen getroffen.

Erfahrungen in Stockholm

Die Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft der betreffenden Stadtbezirke werden von beiden Stockholmer Entwicklungsinitiativen als strategische Themen und zwei der wichtigsten Ziele für das Gelingen einer langfristigen und nachhaltigen Entwicklung der Außenbezirke Stockholms angesehen. Dabei sind Beteiligung und Aktivierung sowohl wichti-

de Arbeitsmethoden zu finden, ist den Stadtbezirken selbst übertragen worden. Dies ist nicht einfach gewesen, die Stadtbezirke haben jedoch versucht, neue Methoden und Wege zu finden, um die Bewohnerschaft zu erreichen, sie zu informieren und in die konkrete Entwicklungsarbeit vor Ort einzubinden.

Besonders in den letzten Jahren trugen die Stadtbezirksverwaltungen die Verantwortung für Aktivierung. Die Arbeit in der „Peripherie-Initiative“ begann 1995 als Projekt zunächst außerhalb der Bezirksverwaltung, wurde

aber später in die Bezirksverwaltung integriert, um eine Randstellung dieses Arbeitsansatzes zu vermeiden.

Von Anfang an zielten die Aktivierungsaktivitäten hauptsächlich auf die Bewohnerinnen und Bewohner der jeweiligen Stadtgebiete ab und – im Rahmen der Umsetzung des Stadtentwicklungsprogramms – auch auf weitere wichtige lokale Akteure wie Wohnungsbaugesellschaften, die örtliche Polizei, das Sozialamt, die Gesundheitsfürsorge, Schulen und natürlich das örtliche Arbeitsamt sowie vor Ort ansässige Unternehmen.

Im Laufe der Jahre wurden viele verschiedene Formen von Aktivierung und Beteiligung eingesetzt: Bürgerbefragungen, Diskussionsforen, stadtteilbezogene Zukunftskonferenzen, kleine lokale Arbeitsgruppen zu Fragen von besonderem Interesse, politische Diskussionsveranstaltungen, lokale Entscheidungsforen usw. Auch sind verschiedene Informationsaktivitäten ausprobiert worden, darunter Ausstellungen, Broschüren und Artikel in den örtlichen Zeitungen. In einigen Bezirken wurden spezielle „Linkworker“ vor Ort eingesetzt, um die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Andere lokale Akteure wie Unternehmen, Arbeitsämter usw. haben sich in örtlichen „Steering-Committees“ oder Management-Gruppen sowie in verschiedenen Arbeitsgruppen engagiert.

Bisherige Erfahrung mit Aktivierung und Beteiligung

- In den meisten Stadtbezirken hat sich eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen wichtigen lokalen Akteuren wie der Bezirksverwaltung, bezirksansässigen Unternehmen, Wohnungsbaugesellschaften usw. entwickelt. Derzeit ist eine Diskussion darüber im Gang, wie die unterschiedlichen Akteure auf lokaler Ebene ihre Ressourcen effektiver bündeln können, um gemeinsame Ziele in

der Arbeit vor Ort zu erreichen. Unter anderem aufgrund unterschiedlicher Bestimmungen ist dies nicht einfach, es sind aber in diese Richtung bereits interessante Schritte unternommen worden.

- Die Beteiligung an verschiedenen Projekten hat bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Arbeitsgruppen, stadtteilbezogenen Zukunftskonferenzen und anderen Veranstaltungen das Interesse auch für weitere lokale Themen geweckt.
- In diesem ganzen Arbeitsprozess hat sich ein Bewusstsein für die Bedeutung der Kommunikation zwischen Bewohnerschaft und örtlichen Behörden entwickelt.
- Die Stadtbezirke waren bei der Definition von Aktivierung und Beteiligung sehr stark auf sich allein gestellt. Kommunal- und Staatsregierung haben diese Aufgabe größtenteils den Bezirksverwaltungen überlassen.
- Nur eine Minderheit der Bewohnerinnen und Bewohner hat an Versammlungen, Arbeitsgruppen usw. teilgenommen. Diese Minderheit war kaum repräsentativ für die jeweilige Bezirksbevölkerung.
- Viele der für die Entwicklung eines kleinen Stadtbezirks wichtigen Fragen werden außerhalb dieses Bezirks entschieden. Da die Zentralregierung nicht in den lokalen Beteiligungsgremien vertreten war, ist es für die Bürgerinnen und Bürger schwierig gewesen, Belange auch jenseits der im Vergleich eher unbedeutenden Fragen lokaler Entwicklung zu thematisieren. Dies hatte einen negativen Einfluss auf die Motivation, sich langfristig zu engagieren.
- Bislang war es schwierig, die zentrale Stadtverwaltungsebene in die

Entwicklung der Gebiete einzubeziehen, auf die die Entwicklungsinitiativen abzielen. In Fällen, bei denen die Zentralverwaltung einbezogen war, hat diese ihre eigenen Bedingungen gestellt.

- Zu Beginn der „Peripherie-Initiative“ wurden den Bewohnerinnen und Bewohnern der betreffenden Bezirke große Versprechungen gemacht. Dies führte zu vielen unrealistischen und unrealisierbaren Wünschen in der Bewohnerschaft, was bei vielen eine große Enttäuschung auslöste.
- Es gab einige Verwirrung darüber, wohin Aktivierung führen soll. Handelt es sich um eine Methode, mit der Bewohnerinnen und Bewohner in die Ermittlung der wichtigsten Entwicklungsfragen des Bezirks eingebunden werden können? Oder bedeutet Aktivierung eine Methode, Bewohnerinnen und Bewohner auch die Lösung jedes Problems finden und umsetzen zu lassen? Wie können Bewohnerschaft und Fachleute neue Wege der Zusammenarbeit beschreiten, um lokale Probleme nachhaltig zu lösen?

Herausforderungen für die Zukunft

Die Stadt Stockholm muss weiterhin Methoden entwickeln, mit denen sich verschiedene Entwicklungsinitiativen und -aktivitäten unterschiedlicher zentraler Behörden in einem integrierten Entwicklungsprogramm bündeln lassen, das auf den lokalen Bedingungen basiert und Beteiligungsspielräume für die unterschiedlichen zentralen Akteure eröffnet. Dies ist eine zentrale Herausforderung.

Die Kommune muss die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie örtlichen Behörden weiter ausbauen, nicht nur durch spezielle Projekte, sondern auch durch die tägliche Arbeit in den Stadtbezirken.

Behörden wie auch viele Bewohnerinnen und Bewohner werden ihre Erwartungshaltung revidieren müssen, die Behörden würden lediglich als Dienstleister für die Bürger fungieren, wobei Letztere als reine „Konsumenten“ angesehen werden. Notwendig ist vielmehr die Erkenntnis, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst die Gelegenheit ergreifen müssen, mehr Verantwortung für die lokale Entwicklung zu übernehmen. Dies ist eine große Herausforderung, nicht nur für die Stadtgebiete, die spezielle Entwicklungsprogramme brauchen, sondern für die ganze Gesellschaft.

■ Karin Eriksson-Bech

The City of Stockholm Integration
Department,
Section for Integration and
Metropolitan Initiatives

mailto: karin.erikssonbech@
integration.stockholm.se

Impressum

Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin

Redaktion:

Dr. Heidede Becker
Klaus-Dieter Beißwenger
Christa Böhme
Thomas Franke (v.i.S.d.P.)

Layout und DTP:

Susanna Mayer

Redaktionskontakt:

Difu-Redaktionsgruppe
Soziale Stadt *info*
Telefon: 030/390 01-282
Telefax: 030/390 01-275
E-Mail: redaktion@sozialestadt.de
Internet: www.sozialestadt.de

Herstellung:

Druckerei
Wilhelm Schwarz KG, Berlin

Abdruck:

bei Angabe der Quelle frei
Belegexemplar erbeten.



Soziale Stadt *info* wird
auf 100-prozentigem
Recyclingpapier gedruckt.

Die Finanzierung erfolgt im Auftrag
des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen (BMVBW)
durch das Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung (BBR) aus Mitteln
des Programms „Experimenteller
Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt).

Veranstungshinweise

7. bis 8.11.2003, Hamburg

Fortbildung „Gestaltung interkultureller Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit“, Veranstalter: Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V.; Veranstaltungsort: Amandastraße 60, 20357 Hamburg; Anmeldung: Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V., Telefax: 040/434284, E-Mail: verbandhh.upj@t-online.de

10. bis 12.11.2003, Berlin

Fachtagung „Stadterneuerung – Standortbestimmung und Perspektiven. Sanierung, soziale Stadterneuerung, städtebaulicher Denkmalschutz, Stadtbau“; Veranstalter: Institut für Städtebau Berlin; Veranstaltungsort: Haus der Kirche, Goethestraße 27-30, 10625 Berlin; Ansprechpartner: Institut für Städtebau Berlin, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Telefon: 030/230822-0, Telefax: 030/230822-22.

19. bis 21.11.2003, Hannover

„Jahrestreffen: MigrantInnen im Stadtteil. Jahrestagung Stadtteilarbeit 2003“; Veranstalter: Landeshauptstadt Hannover, Verband für soziokulturelle Arbeit e.V., Redaktion der Internetseite www.stadtteilarbeit.de; Veranstaltungsort: Soziales und Kulturelles Stadtteilzentrum Kronsberg (KroKuS), Hannover; Info: Wolfgang Prauser, Telefon: 0511/168-46458 oder -45244, Telefax: 0511/168-42144, E-Mail: wolfgang.prauser@hannover-stadt.de

21.11.2003, Köln

Fortbildung „Lokale Ökonomie I“; Veranstalter: vhw – Deutsches Volksheimstättenwerk; Veranstaltungsort: Domicil Köln, Brüsseler Straße 26, 50674 Köln; Info: Dr. Walter Metscher, vhw-Bundesgeschäftsstelle Berlin, Telefon: 030/390473-25, Telefax: 030/390473-19, E-Mail: wmetscher@vhw-online.de

24. bis 29.11.2003, Remscheid

Kurs „Partizipation der Kinder bei der Spielraumplanung in Stadt und Land. Werkstattkurs mit zwei Abschnitten“; Veranstalter: Akademie Remscheid; Veranstaltungsort: Akademie Remscheid, Kuppelstein 34, 42857 Remscheid; Info: Akademie Remscheid, Telefon: 02191/794-0, Telefax: 02191/794-205, E-Mail: info@akademieremscheid.de

5. bis 6.12.2003, Berlin

„9. Kongress Armut und Gesundheit. Schwerpunktthema: Strategien der Gesundheitsförderung“; Veranstalter: Gesundheit Berlin e.V.; Info: Gesundheit Berlin e.V., Straßburger Str. 56, 10405 Berlin, Telefon 030/4431906-0, Telefax: 030/4431906-3

12.12.2003, Köln

Fortbildung „Lokale Ökonomie II“; Veranstalter: vhw – Deutsches Volksheimstättenwerk; Veranstaltungsort: Domicil Köln, Brüsseler Straße 26, 50674 Köln; Info: Dr. Walter Metscher, vhw-Bundesgeschäftsstelle Berlin, Telefon: 030/390473-25, Telefax: 030/390473-19, E-Mail: wmetscher@vhw-online.de

16.1.2004, Köln

Fortbildung „Instrumente der Projektfinanzierung“; Veranstalter: vhw – Deutsches Volksheimstättenwerk; Veranstaltungsort: Domicil Köln, Brüsseler Straße 26, 50674 Köln; Info: Dr. Walter Metscher, vhw-Bundesgeschäftsstelle Berlin, Telefon: 030/390473-25, Telefax: 030/390473-19, E-Mail: wmetscher@vhw-online.de

29. bis 30.1.2004, Gelnhausen

Fortbildung „Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement in der Sozialen Stadt. Modul 4: Netzwerkkommunikation und lokale Entwicklungspartnerschaften“; Veranstalter: BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit, c/o: LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V., Burckhardthaus, Ev. Institut für Jugend-, Kultur- und Sozialarbeit; Veranstaltungsort: Burckhardthaus, Herzbachweg 2, 63571 Gelnhausen; Info: Burckhardthaus, Telefon: 06051/89-0.

6.2.2004, Köln

Fortbildung „Schlüsselqualifikation I“; Veranstalter: Veranstalter: vhw – Deutsches Volksheimstättenwerk; Veranstaltungsort: Domicil Köln, Brüsseler Straße 26, 50674 Köln; Info: Dr. Walter Metscher, vhw-Bundesgeschäftsstelle Berlin, Telefon: 030/390473-25, Telefax: 030/390473-19, E-Mail: wmetscher@vhw-online.de

5.3.2004, Köln

Fortbildung „Schlüsselqualifikation II“; Veranstalter: Veranstalter: vhw – Deutsches Volksheimstättenwerk; Veranstaltungsort: Domicil Köln, Brüsseler Straße 26, 50674 Köln; Info: Dr. Walter Metscher, vhw-Bundesgeschäftsstelle Berlin, Telefon: 030/390473-25, Telefax: 030/390473-19, E-Mail: wmetscher@vhw-online.de

15. bis 16.3.2004, Gelnhausen

Fortbildung „Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement in der Sozialen Stadt. Modul 5: Projektentwicklung und Evaluation“; Veranstalter: BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit, c/o: LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V., Burckhardthaus, Ev. Institut für Jugend-, Kultur- und Sozialarbeit; Veranstaltungsort: Burckhardthaus, Herzbachweg 2, 63571 Gelnhausen; Info: Burckhardthaus, Telefon: 06051/89-0.

1.4.2004, Gauting/Zürich

Masterstudiengang „Gemeinwesenentwicklung, Quartiersmanagement und Lokale Ökonomie“; Veranstalter: Deutschschweizerischer Kooperationsverbund, Hochschule für Soziale Arbeit, Zürich, Fachhochschule Basel, Evangelische Fachhochschule Freiburg, Breisgau, Alice-Salomon Fachhochschule Berlin, Fachhochschule München; Weitere Informationen: www.hssaz.ch oder direkt bei Prof. Dr. Susanne Elsen, Fachbereich 11, Fachhochschule München, Am Stadtpark 20, 81243 München, E-Mail: Susanne.elsen@t-online.de
Bewerbungsschluss: 31.12.2003